

WASSERVERSORGUNG DIE INFRASTRUKTUR IST MARODE

Teure Runderneuerung

Umwelt Tausende von Kilometern an Leitungen und Kanälen müssen in den kommenden Jahren erneuert werden. Für die Verschmutzungen der Industrie müssen am Ende womöglich alle zahlen. *Von Igor Steinle*

Öffnet man den Wasserhahn, kommt so gut wie immer sauberes Trinkwasser aus der Leitung. Dass das keine Selbstverständlichkeit, sondern Produkt einer meist ebenso unsichtbaren wie zuverlässigen Infrastruktur ist, hat kaum jemand im Kopf. Ein großer Teil dieser Infrastruktur wurde in den 1950er und 60er-Jahren erstellt oder zuletzt grunderneuert. Viele dieser Leitungen haben das Ende ihrer Lebenszeit erreicht oder sind sanierungsbedürftig. Die Wasserwirtschaft warnt: Eine Erneuerung lässt sich vielerorts nicht mehr aufschieben. „Wir brauchen ein Update für die Infrastrukturen, die unter der Straße liegen“, sagt Karsten Specht, Vizepräsident des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU), dieser Zeitung. Dies sei „eine Kernaufgabe für eine starke wirtschaftliche Entwicklung“. Und die dürfe nicht unterschätzt werden.

So kommen die Leitungsnetze der deutschen Trinkwasserversorgung auf eine Länge von etwa 540 000 Kilometer. Die Abwassernetze sogar auf 590 000 Kilometer. Am Stück würden sie knapp 30 Mal die Erde umrunden. Selbst wenn eine Leitung oder ein Kanal über eine Dauer von 100 Jahren genutzt würden, was laut VKU zum Teil sogar der Fall sei, müssten die Unternehmen jedes Jahr 5400 beziehungsweise 5900 Kilometer an Leitungen und Kanälen, also ein Prozent der Gesamtnetze, erneuern. „Das gibt es nicht zum Nulltarif“, sagt Specht.

Acht Milliarden Euro im Jahr investiere die Wasserwirtschaft schon heute in ihre Infrastruktur. Dieser Betrag wird in Zukunft wohl weiter steigen. So gehen 80 Prozent der Trinkwasser- und 90 Prozent der Abwasserentsorger laut einer noch unveröffentlichten VKU-Umfrage davon aus, dass sie ihre Infrastruktur noch mehr auf die Stärkung der Versorgungssicherheit und Resilienz ausrichten müssen.

Unternehmen fordern Hilfe von der Politik.

ge davon aus, dass zukünftig deutlich höhere Investitionen nötig sein werden. Unter den Unternehmen ist die Sorge groß, von der Politik alleingelassen zu werden, sie fordern deswegen Unterstützung ein. „Wenn es darum geht, mehr Investitionen zu schultern, braucht es dafür die notwendige politische Akzeptanz und gezielte Förderung“, sagt Specht.

Denn zu den fälligen Erneuerungen komme auch noch die Anpassung an den Klimawandel hinzu. Schon vor der Flutkatastrophe im Juli sei der Umfrage zufolge den meisten Abwasserunternehmen klar gewesen, dass der Umgang mit Starkregenereignissen ihre Arbeit in Zukunft prägen wird. Zwei Drittel der



Sauberes Wasser ist keine Selbstverständlichkeit. Foto: Tobias Hase/dpa

Wasserunternehmen gehen davon aus, dass sie ihre Infrastruktur noch mehr auf die Stärkung der Versorgungssicherheit und Resilienz ausrichten müssen.

Was dafür alles nötig ist, hat das Bundesumweltministerium (BMU) in einer „Nationalen Wasserstrategie“ geschildert, die Noch-Ministerin Svenja Schulze (SPD) im Sommer präsentiert hat. So sollen etwa wasserreiche und -arme Regionen über einen Ausbau der Leitungen miteinander verbunden werden. Selbst neue Talsperren kann Schulze sich vorstellen.

Die Kosten dafür schätzte das BMU vorsichtig auf etwa drei Milliarden Euro im Jahr. Dazu versprach Schulze, Bund und Länder würden hierzu etwas beisteuern. „Einen Großteil davon werden auch künftig Wasserversorger und Kommunen tragen“, so die SPD-Politikerin damals. Was soviel bedeutet wie: Einen Großteil davon werden die Verbraucher tragen, auf die die Kosten umgelegt werden. In einem Positionspapier warnt der VKU: „Der bislang gewählte Weg, die Kosten umweltpolitischer Maßnahmen auf die Wasser- und Abwasserkunden umzulegen, muss ein Ende finden.“

Das hat auch damit zu tun,

So viel kostet das Wasser

Die Höhe der Wasserkosten kann in Deutschland sehr unterschiedlich ausfallen. Die Preisdifferenzen bei der Trinkwasserbereitstellung hängen dabei von den Rahmenbedingungen vor Ort ab. Dazu zählen zum Beispiel die topografischen Gegebenheiten, also wie flach oder hügelig die Landschaft ist. Zudem ist wichtig, wieviel Wasser vor Ort verfügbar ist und wie die Siedlungsstruktur aussieht, ob es sich also um ein ländlich zersiedeltes Gebiet oder eine urbane Metropolregion handelt. Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) schätzt den Bundesdurchschnittspreis beim Trinkwasser jedoch auf etwa 0,2 Cent pro Liter. Täglich bedeute dies für den Durchschnittsbürger Kosten von etwa 30 Cent fürs Trink- und 37 Cent fürs Abwasser. lgs

dass ein erheblicher Teil der Zusatzkosten, der auf die Wasserwirtschaft zukommt, von Industrie und Landwirtschaft verursacht wird. Medikamentenrückstände, Mikroplastik und andere Schadstoffe werden zunehmend zur Herausforderung in Kläranlagen. Um kostspielige Ausbauten für sauberes Trinkwasser zu vermeiden, müsse der Wasserkreislauf stärker vor solchen Kleinstschadstoffen geschützt werden, heißt es auch in einem Positionspapier des Bundesverbands der Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft (BDE).

Gängige Kläranlagen reinigen das Wasser in drei Stufen. Nun seien aufgrund der vielen neuen Einträge vierte Stufen nötig. Weitere Reinigungsstufen werden Experten zufolge allerdings nicht alle Stoffe, als Beispiel wird oft Röntgenkontrastmittel genannt, herausbekommen. Um Anreize zu schaffen, dass diese Stoffe gar nicht erst in den Wasserkreislauf gelangen, fordern Wasserversorger und Umweltschützer die Politik auf, die Verursacher anstelle der Verbraucher stärker an den Kosten zu beteiligen.

Der Koalitionsvertrag der Ampel wird bei diesem Thema bemerkenswert unknetet. So be-

grüßen im Grunde genommen alle Verbände der Wasserwirtschaft, dass SPD, Grüne und FDP ein „Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen“ ausgerufen haben. Die Wasserinfrastruktur wird dabei sogar explizit aufgeführt, Unterstützung für die Klimaanpassung zugesichert. Doch gerade was Einträge in den Wasserkreislauf angeht, ist lediglich von einer Novelle der Abwasserabgabengesetzes die Rede. Specht warnt: „Es muss um mehr gehen, als die zusätzlichen Kosten für die Vermeidung und Verminderung von Spurenstoffen mittels einer neuen Abwasserabgabe auf die Bürgerinnen und Bürger abzuwälzen.“ Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) sieht es ähnlich. Es sei zwar positiv, dass die Landwirtschaft bei ihren Nitratreintrag in die Pflicht genommen werden soll. Was die Novelle der Abwasserabgabe angeht, befürchtet man allerdings, dass die Kosten für vierte Reinigungsstufen bei den Verbrauchern hängenbleiben. Das könnte laut BDEW zu Gebührenerhöhungen um 20 Prozent führen. Geld, das für den Verbraucher sprichwörtlich den Abfluss hinunter geht.

Hintergrund

Das kommt auf Verbraucher zu

Erneuerungsarbeiten, Klimawandel, Schadstoffe – dass Trinkwasser aufgrund der Aufgaben, die auf die Wasserversorger zukommen, teurer wird, scheint unumgänglich. Doch wie hoch der Preis steigen wird, lässt sich schwer beantworten. Zu komplex scheint die Rechnung, zu unterschiedlich ist die Situation in den Regionen. Uli Paetzel hat trotzdem den Versuch gewagt. Im Gespräch mit dieser Zeitung skizziert der Vorstandsvorsitzende von Emsergenossenschaft und Lippeverband, einem für mehr als zwei Millionen Menschen im Ruhrgebiet zuständigen Wasserversorger, welche Aufgaben bei ihm neben den Instandhaltungsarbeiten anfallen.

Da wäre zum einen der Hochwasserschutz. „Wir haben jetzt schon ein Schutzniveau, das über den gesetzlichen Anforderungen liegt“, sagt er. Er und seine Experten im Unternehmen sind allerdings der Auffassung, dass die Klimaveränderungen zu weiteren Starkregen- und Hochwasserereignissen führen werden, sodass die Vorkehrungen nicht mehr ausreichen. Die Deiche sollen an besonders kritischen Stellen erhöht werden. Zudem müssen womöglich Auen geschaffen werden, in denen Hochwasser auslaufen kann.

Für die angestrebte Anpassungsmaßnahme der „Schwammstadt“ müssen in den Städten zudem Flächen geschaffen werden, auf denen Wasser natürlich versickern kann. Paetzels Genossenschaft ist im gesamten Ruhrgebiet außerdem für die temperatursenkende Begrünung von Dächern und Fassaden verantwortlich, genauso fürs Anpflanzen von Bäumen.

Und dann wäre dann noch die vierte Reinigungsstufe für Kläranlagen, mit der Schadstoffe aus Medizin und Industrie aus dem Abwasser herausgefiltert werden

Ein Euro pro Monat hört sich moderat an – doch die Klimakosten sind deutlich höher.

sollen. Allein die Emsergenossenschaft rechnet in den kommenden Jahren deswegen mit Investitionen von 400 Millionen Euro – jährlich. Paetzel geht mit diesen Zahlen von einer Beitragssteigerung von knapp fünf Prozent aus. „Das bedeutet für eine vierköpfige Familie eine Gebührenerhöhung von einem Euro pro Monat“, sagt er. Das hört sich zwar nach nicht besonders viel an, der Manager warnt allerdings vor einer „Konkurrenz der Klimamehrbelastung“. Mit steigenden Energiepreisen, Heizkosten, Spritpreisen und einer höheren Grundsteuer müsse man sich irgendwann fragen: „Was ist den Bürgern eigentlich noch zuzumuten?“

Igor Steinle